

Kreisausschuss-Sitzung am 17.09.2025 <i>-öffentlicher Teil-</i>		Gesetzliche Mitgliederzahl: 11 davon anwesend: -		
TOP: 5.2. Sache / Beschluss		Abstimmungsergebnis		
		Dafür	Dagegen	Enthaltung

Vorbereitung von Beschlüssen des Kreistages

Resolution zur Sanierung der Bahnunterführungen entlang der Bahnstrecke Saarbrücken-Mannheim; „Initiative faire Bahnquerungen,,

Beschlussvorlage:

Siehe beigelegtes Schreiben.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag folgenden Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Kusel fasst in seiner Sitzung vom 01.10.2025 folgende Resolution:

Sanierung der Bahnunterführungen – Verkehrsrealitäten von heute müssen Maßstab sein

1. Die Deutsche Bahn wird aufgefordert, die geplanten Sanierungsmaßnahmen der Bahnunterführungen entlang der Strecke Saarbrücken–Mannheim auf Grundlage der heutigen verkehrlichen Anforderungen (u. a. Fußgänger, Radverkehr, motorisierter Individualverkehr, ÖPNV) zu planen und umzusetzen.
2. Das derzeitige Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) führt dazu, dass Bahnunterführungen bei Sanierungen auf den Stand zurückgebaut werden, den sie beim ursprünglichen Bau der Bahnstrecke hatten – vielfach aus der Prinzregentenzeit oder dem Kaiserreich (Ende des 19. Jahrhunderts). Moderne Verkehrsplanungen oder die enorme Steigerung der Verkehrsmengen bleiben dabei unberücksichtigt.
3. Die fatale Konsequenz: Wir bauen Bahnunterführungen der 1880er Jahre wieder auf, während die Verkehrswelt des 21. Jahrhunderts andere Anforderungen stellt.
4. Für jede Erweiterung auf heutige Maßstäbe müssen die Kommunen nach Angabe der Deutschen Bahn die Mehrkosten allein tragen. Dies führt zu absurden Situationen, in denen veraltete Bauwerke erneuert werden, aber kein sicherer Verkehrsraum für Radfahrer und Fußgänger entsteht – es sei denn, die Städte und Gemeinden investieren Millionenbeträge aus eigenen Mitteln.
5. Der Landkreis Kusel fordert Bund, Länder und die Deutsche Bahn auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen so zu ändern, dass die Bahn bei Sanierungen die

tatsächlichen Verkehrsbedürfnisse des 21. Jahrhunderts berücksichtigt und die Finanzierung dafür nicht einseitig den Kommunen auferlegt.

6. Der Landkreis Kusel erklärt seine Bereitschaft, sich der „Initiative faire Bahnquerungen“ anzuschließen, um gemeinsam mit anderen betroffenen Kommunen diese Anliegen mit Nachdruck zu vertreten.

Diese Resolution wird der Deutschen Bahn, den zuständigen Ministerien auf Landes- und Bundesebene sowie dem Deutschen Städte- und Gemeindebund übermittelt.